MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

46. Ministerrat

27. Jänner 2021

- Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 4. Jänner 2021, mit dem ein Beschluss vom 17. Dezember 2020 betreffend "Ausbildung von Wehrpflichtigen" vorgelegt wird.
- 2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Jänner 2021, mit dem ein Beschluss vom 3. Dezember 2020 betreffend "Öko-Steuern nicht zu Lasten der Familien" vorgelegt wird.
- 3. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 28. Dezember 2020, mit dem eine Entschließung vom 18. November 2020 betreffend "Ärztemangel entgegenwirken bewährtes Hausarztsystem auch für die Zukunft sicherstellen" vorgelegt wird.
- Schreiben des Bürgermeisters von Asten vom 7. Jänner 2021, mit dem eine Resolution vom 10. Dezember 2020 betreffend "Beibehaltung der Hackler-Regelung" vorgelegt wird.
- 5. Schreiben des Bürgermeisters von Obertraun vom 21. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 10. Dezember 2020 betreffend "Wohnen muss wieder leistbar werden!" vorgelegt wird.
- 6. Schreiben von 5 Gemeinden (Schwaz, Gleisdorf, Telfs, Oberndorf, Steyr), mit denen Resolutionen betreffend "Aufnahme von Familien und Kindern aus dem Lager Moria und anderen Lagern auf griechischen Inseln" bzw. "Humanitäre Hilfe jetzt" vorgelegt werden.
- Schreiben von 5 Gemeinden (Guntramsdorf, Ober-Grafendorf, Klosterneuburg, Traismauer, Hadersdorf-Kammern), mit denen Resolutionen betreffend "Gemeindefinanzen" vorgelegt werden.
- 8. Schreiben von 12 Gemeinden (St. Margareten i. Rosental, Voitsberg, Stanz i. Mürztal, Trieben, Frauenstein, Zeltweg, Gratkorn, Gratwein-Straßengel, Arnoldstein, Oberndorf, Bürmoos, Uttendorf), mit denen Resolutionen betreffend "Finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden durch den Bund" vorgelegt werden.
- 9. E 132-NR/XXVII.GP vom 14. Jänner 2021 betreffend "rascher Ausbau der öffentlichen unentgeltlichen Corona-Testmöglichkeiten" (Wortlaut siehe Beilage).

132/E XXVII. GP

Entschließung des Nationalrates vom 14. Jänner 2021

betreffend rascher Ausbau der öffentlichen unentgeltlichen Corona-Testmöglichkeiten

Die Bundesregierung wird ersucht, den Ausbau der öffentlichen Testmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Gemeinden voranzutreiben mit dem Ziel, dass flächendeckend ausreichend Testmöglichkeiten wohnortnah und unentgeltlich so rasch wie möglich zur Verfügung gestellt werden.